

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG, LANDESAMTSDIREKTION

1014 Wien, Herrngasse 11—13

Parteienverkehr Dienstag 8—12 Uhr
und 16—19 UhrAmt der Niederösterreichischen Landesregierung, 1014An das
Bundesministerium für
soziale VerwaltungStubenring 1
1010 Wien

Beilagen

LAD-VD-9122/10

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Bezug	Bearbeiter	(0 22 2) 63 57 11 Durchwahl	Datum
37.006/5-3/86	Dr. Grüner	2152	22. April 1986

Betrifft

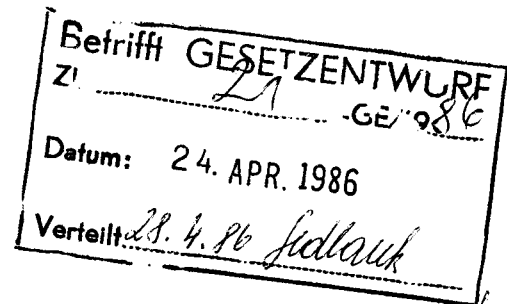
Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz, Novelle; Stellungnahme

Die NÖ Landesregierung beehrt sich zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz geändert werden soll, wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Da die gegenständliche Novelle vor dem 1. Jänner 1987 in Kraft treten wird (vgl. die Regelung des Art. II Abs. 3 der geplanten Novelle), sollte auch hinsichtlich Art. I Z. 2 des Entwurfes sichergestellt werden, daß diese Bestimmung erst mit dem Inkrafttreten des Arbeits- und Sozialgerichtsgesetzes in Geltung gesetzt wird.
2. Die im Art. I Z. 9a (§ 13a Abs. 2) gewählte Formulierung "dieser Von-Hundert-Satz ist durch Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung neu festzusetzen," dürfte verfassungsrechtlich nicht unbedenklich sein, da die Abänderung einer gesetzlichen Bestimmung durch eine Verordnung normiert wird. Es sollten Kriterien für eine "Anpassung" geschaffen werden.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

NÖ Landesregierung
L u d w i g
Landeshauptmann



- 2 -

LAD-VD-9122/10

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen
(zu Händen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung
L u d w i g
Landeshauptmann

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung

